

**Deutscher Bundestag
Ausschuss für Kultur und Medien
19. Wahlperiode**

Deutscher Bundestag

Ausschuss für
Kultur u. Medien

Ausschussdrucksache

19(22)239

06.10.2020

Sperrung der Mittel für die Garnisonkirche Potsdam

Änderungsantrag der Abgeordneten Erhard Grundl, Margit Stumpp, Kirsten Kappert-Gonther, Tabea Rößner und der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)“ (BT-Drucksache 19/22600)

Einzelplan 04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

zur Streichung und Sperrung der Mittel für den Wiederaufbau der „**Garnisonkirche Potsdam**“

Kapitel: 0452 – Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Titelgruppe: 02 – Kulturförderung im Inland

Titel: 894 21 – 183 Zuschüsse für Investitionen, 2.29
Garnisonkirche, Potsdam

Ansatz im

Haushaltsentwurf 2021: 2.250 T € zusätzlich zu bereits bewilligten 18.000 T €.

Antrag: Die im Titel aufgeführten Gesamtausgaben des Bundes von **20.250 T € sollen gesperrt** werden, so dass keine weiteren Mittel abfließen können. Die im Titel neu eingestellten von **2.250 T €** (für 2020 = 1.300 T€ und für 2022ff = 950 T €) **sollen gestrichen werden.**

Begründung:

Der bruchlose Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam suggeriert eine historische Kontinuität, die kritisch zu sehen ist. Denn die einstige Hof- und Militärkirche Preußens wird unter anderem mit dem „Tag von Potsdam“ verbunden, als sie Schauplatz einer pseudomonarchistischen Inszenierung war, die für die Machtergreifung der Nationalsozialisten von Bedeutung war. Ein Neubauprojekt muss sich kritisch mit der militärisch geprägten Geschichte der Kirche auseinandersetzen.

Er sollte zum Lernort werden, der die Geschichte kritisch aufarbeitet. Eine historisierende Fassade ist hierfür nicht erforderlich, wohl aber ein Konzept, das eine wissenschaftlich fundierte Geschichtsvermittlung beinhaltet. Nur dann ist gewährleistet, dass die Kirche nicht erneut zum Identifikationsobjekt nationalistischer und rechter Kreise wird.

Zudem sehen wir keine Veranlassung öffentliche Förderung in Millionenhöhe in ein umstrittenes Objekt zu investieren, zumal die Stiftung zugesagt hatte, den Wiederaufbau ausschließlich durch Spendengelder zu finanzieren.

Wir fordern ein Moratorium für die bereits bewilligten 18 Mio. Euro. Wir fordern zudem die zusätzlich eingestellten 2,25 Mio. Euro zu streichen.

Berlin, den 7. Oktober 2020